

KURZ ERKLÄRT

**Geschäftsführende Regierung**

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat Kanzlerin Angela Merkel (CDU) gebeten, die Regierungsgeschäfte noch so lange weiterzuführen, bis ein neuer Kanzler gewählt wird. Das teilte das Bundespräsidialamt am Dienstag mit.

Der Schritt ist üblich, wenn beim Zusammentreten eines neuen Bundestags noch kein neuer Regierungschef gewählt wird. Offiziell endete mit der konstituierenden Sitzung des Parlaments am Dienstag die Amtszeit der Kanzlerin und der Bundesminister.

**Artikel 69 des Grundgesetzes**

Wie das Präsidialamt weiter mitteilte, händigte Steinmeier den Mitgliedern der Bundesregierung im Schloss Bellevue noch am Dienstag ihre Entlassungsurkunden aus.

Artikel 69 des Grundgesetzes sieht vor, dass der Bundespräsident die Kanzlerin – und die Kanzlerin ihre Minister – ersuchen kann, die Geschäfte bis zur Ernennung von Nachfolgern weiterzuführen. Dies dürfen weder Kanzlerin noch Minister ablehnen. *dpa*



»Das vergessen die Menschen nicht«

Werner Weidenfeld: Politikwissenschaftler sieht auch Markus Söder durch Streit in Union als beschädigt an

Von unserem Korrespondenten  
**RALF MÜLLER**

**MÜNCHEN.** Welche Schlussfolgerungen kann man aus der Bundestagswahl ziehen? Unsere Münchner Redaktion sprach mit dem Politikwissenschaftler Werner Weidenfeld über die Gründe der Niederlage der Union, die Rolle Söders und was das für die künftige Landtagswahl in Bayern heißt.



**Herr Professor Weidenfeld, was können die Parteien aus Sieg und Niederlage bei der Bundestagswahl lernen?**

Die großen Blöcke der Stammwähler sind abgeschliffen. In Erscheinung getreten ist ein fluides Stimmungsmilieu, das sich schnell verändert. Die SPD war über Jahre tief im Zustimmungskeller, und zwar wegen ihrer permanenten Führungszermürbung, wenn nicht gar Führungszerstörung. In diesem innerparteilichen Wahlkampf hat Olaf Scholz weniger als 15 Prozent der Stimmen bekommen. Zu diesem Zeitpunkt war das Thema Kanzlerkandidat gar keine heiße Frage. Man hat dann gesagt, der stille vornehme Hanseat Olaf Scholz kann das machen. Von da an artikuliert sich die SPD-Führung gar nicht mehr. Es gab nur diesen behutsam-vornehmen Hanseaten mit einem Hauch von Amtsbonus – und schon gingen die Zustimmungsraten hoch.

**Und die Grünen?**

Sie hatten zunächst hohe Zustimmungsraten, weil das Schlüsselthema vor Corona Umweltrettung war. Die Grünen hatten die Sachkompetenz dazu. Dazu kam eine sehr freundliche Kommunikationsart. Die Spitzen der Grünen lächelten Sie ständig an, sagen, dass man das schon packen würde – also Sachkompetenz mit freundlicher Kommunikation ergab den Höhenflug, der wegen Pannen nicht ganz so hoch ausfiel wie erhofft.

**Und die Union?**

Die Union stand zunächst relativ gut da und hat dann das Modell der SPD kopiert, also die innere Zermürbung, das Niedermachen – und schon sind die Daten der Union runtergegangen. Der Eindruck der Zerstrittenheit ist ein gravierender Punkt in der Wählerstimmung geworden. Die Union hat jetzt 8,9 Prozent der Stimmen verloren, bei der Wahl zuvor 2017 waren es 11,4 Prozent.

*Die Demokrazia Christiana in Italien hat aufgehört zu existieren. Halten Sie so etwas im Falle der Union auch für möglich?*

Ausschließen kann man ja gar nichts mehr, aber ich würde es nicht für wahrscheinlich halten, weil Restbestände immer da sind.

*Nun hat aber die FDP als Partei der Mitte zugelegt und auch die Freien Wähler werden – wenn auch auf Bundesebene ganz langsam – stärker. Beide Erben der Union?*

Ein traditioneller Unionswähler begreift die FDP als so etwas Ähnliches wie die Union. Die etwas ernsthafter für die Rettung der Natur engagiert sein wollen, wandern zu den Grünen ab.

*Wie sehen Sie denn die Zukunft der Freien Wähler? Können sie zulasten der Union noch zulegen?*

Die Chancen für die Freien Wähler sind in Bayern größer als im Rest der Republik, weil ihr Erscheinungsbild dem entspricht, was man sich unter bayerischem Bürgertum vorstellt. Das kommt natürlich in Kiel oder Hamburg anders an. Auf Bundesebene haben sie in ihrem jetzigen Erscheinungsbild weniger Chancen als in Bayern, aber hier haben die Freien Wähler gute Aussichten. Parteien wie die Freien Wähler haben angesichts der Zersplitterung des Parteienwesens alle irgendwo eine Chance.

» Als strahlender Kandidat kann er nicht mehr auftauchen. «

Werner Weidenfeld über Markus Söder

*Sie haben die Wahlniederlage der Union vor allem auf deren innere Zerstrittenheit zurückgeführt. Das widerspricht der verbreiteten Ansicht, es lag vor allem am Kanzlerkandidaten. Lag es tatsächlich nicht an Laschet?*

Nein. Im Medienzeitalter macht man das gerne an einer Person fest. Der Unions-Spitzenkandidat, Ministerpräsident des größten Bundeslandes mit freundlichem Kommunikationsstil, hat durch die Inner-Unions-Attacken in seinem Ansehen schwerstens gelitten. Zur Zerstrittenheit gehören immer mehrere. Außerdem wünschten sich die Wähler jenseits der Details einen Politikwechsel. Nur 16 Prozent waren in den Umfragen nicht für einen Politikwechsel. Das hat auch viel mit der langen Amtszeit der Bundeskanzlerin zu tun. 1998 nach 16 Jahren Kohl war eine ähnliche Stimmung da. Zwischentitel: Strategische Ratlosigkeit.



Werner Weidenfeld.  
Foto: Bertelsmann Stiftung / dpa

*Und dafür stand die Union nicht...*

Wenn Sie die Bürger fragen, was sie erwarten, dann – allem übergeordnet – ein klares Zukunftsbild. Das hat auch die Union nicht geboten. Ein Grundbedarf der Mitbürger ist damit nicht befriedigt. Wenn man größer rauskommen will, darf es nicht das Bild der Zerstrittenheit geben und es muss ein orientierendes Zukunftsbild da sein: Wie sieht unsere Gesellschaft in fünf, zehn Jahren aus? Da herrscht auf politischer Seite strategische Ratlosigkeit.

*Der Anteil von CSU-Chef Markus Söder an der Unions-Wahlniederlage ist also nicht unerheblich?*

Natürlich. Die Wahlniederlage ist nicht nur bei einer Person abzuladen. Da die Union ein solches merkwürdiges Selbstzermürbungsbild abgeliefert hat, war Laschet nicht die Rettung, sondern Teil der Gewürgelage.

*Viele spekulieren, Söder habe jetzt erst mal Laschet verlieren lassen, um in vier Jahren als strahlender Kandidat anzutreten. Ist das realistisch?*

Als strahlender Kandidat kann er nicht mehr auftauchen, weil er mitbeschädigt ist. Das hört man ja auch in der CSU. Alle haben zu einem beschädigten Erscheinungsbild beigetragen. Viele Menschen sind enttäuscht. Das vergessen sie nicht über Nacht. Diese Art von Beschädigungen bleiben historisch hängen und spürbar.

*Was bedeutet die Bundestagswahl für die nächste bayerische Landtagswahl? Kann die CSU so tun, als sei das eine ganz andere Baustelle?*

Nein. Die Menschen differenzieren da nicht. Der Föderalismus ist

sehr verwoben. Von Bayern aus wollte man den anderen ja sagen, wie sie ihre Lage verbessern können, wo es in Berlin langgehen soll. Da wird ja nicht getrennt. Die Frage ist: Schaffen es die CSU und Söder, so stark die Voraussetzungen zu erfüllen, die ich vorhin genannt habe, dass man darüber hinweg sieht? Franz Josef Strauß hat 1976 nach dem Kreuther Trennungsbeschluss auch wieder Fuß fassen können. Bis heute ist der Kreuther Trennungsbeschluss aber immer noch ein präsent Datum.

*Könnte es zur Trennung von CDU und CSU doch einmal kommen?*

Wenn die Unionsparteien wachsen bleiben, kommt es nicht dazu, weil beide daraus schwer beschädigt herausgehen würden. Damals haben sie ja bald wieder beidreht, weil die CDU dann auch in Bayern antreten würde. Das ist ein ganz gewichtiger Punkt. Welche Konflikte zwischen welchen Parteien würden die schärfsten, die problematischsten sein? Die Konflikte zwischen den beiden Unionsparteien. Beide wären dann besonders gekränkt und wollten denselben Wähler gewinnen.

*Gibt es für die CSU in Bayern jemals noch einmal die Chance für eine absolute Mehrheit?*

Die Chance ist durch die Ausfächerung der Parteienlandschaft und des Stimmungsbildes geringer geworden. Trotzdem: Wenn die CSU ein so klares und präzises Erscheinungsbild ausstrahlen würde wie sie das mal getan hat und sie ein orientierendes Zukunftsbild und eine klare Strategie zu bieten hätte, dann kann man es nicht ausschließen.

*Anhand der Republikaner in den USA und der Tories in Großbritannien haben einige die These entwickelt, konservative Parteien könnten sich radikalisieren. Ist da was dran?*

Radikalisierungen wird es geben, aber nicht nur der konservativen Parteien. Das hat etwas zu tun mit der Komplexität der Gesellschaft. Über 70 Prozent unserer Mitbürger geben zu, dass sie das alles nicht mehr verstehen. Wenn Sie nicht jeden Halt verlieren wollen, radikalisieren Sie. Dann beschimpfen Sie irgendjemanden, dann entdecken Sie einen Feind, dann erklären Sie XY zum Untergang dieser Republik. Mit dieser Vereinfachung versuchen Sie, sich zurechtzufinden. Das trifft aber nicht nur auf die Konservativen zu. Insofern ist eine Radikalisierung ein ernstes Problemfeld für die Zukunft unserer Republik.

KOMMENTAR

Wachsen lassen

Martin Schwarzkopf über neue Köpfe in Staatsämtern



Nun also Bärbel Bas: Die SPD-Politikerin aus Duisburg, bis zuletzt eher sozial- und gesundheitspolitischen Insidern ein Begriff, steht als neue Präsidentin dem Bundestag vor. Wer noch vor einigen Monaten gewagt hätte, über die Sozialdemokraten als stärkste Kraft im frisch gewählten Parlament zu sinnieren, wäre wohl kaum ernst genommen worden. Dennoch ist es so gekommen – weil in Zeiten der ständigen und tiefgreifenden Veränderung eben auch in der großen Politik fast alles möglich ist.

Tatsächlich übertreibt der wahrscheinlich nächste Kanzler Olaf Scholz nicht, wenn er in Interviews die anstehenden Umbrüche in unserem Leben mit der Zeit der Industrialisierung vergleicht. Der Umbau unserer Gesellschaft zu einer (wirklich) digitalen und klimaneutralen wird uns allen viel abfordern. Er wird – wie jede große Transformation – nicht ohne erhebliche Schmerzen möglich sein, er wird Gewinner und Verlierer produzieren.

Diesen zwingenden Veränderungsprozess politisch zu

steuern, ist eine gigantische Aufgabe. Ob das künftige Ampelbündnis dafür die nötige Kraft aufbringen wird, ist noch nicht ausgemacht. Erste positive Signale gibt es. Noch liegt aber zu vieles im Ungefähren, im Unkonkreten. Bei aller Begeisterung für die Chancen dieser gesellschaftlichen Modernisierung dürfen soziale Aspekte nicht vernachlässigt werden, müssen Überforderungen so weit es geht abgefedert werden.

Es ist gut und richtig, dass neue, unverbrauchte Köpfe in diesem Prozess mehr Verantwortung übernehmen. Bärbel Bas steht als Parlamentspräsidentin dafür beispielhaft. Auch dem Bundeskabinett wird es guttun, wenn frische Ideen Einzug halten. Daran sollte vor allem die SPD denken, die gut beraten wäre, einige ihrer bisherigen Minister nicht erneut aufzubieten.

Die Neuen in den Staatsämtern werden Zeit brauchen, um in ihre Aufgaben hinein zu wachsen – sie haben diese Geduld verdient. Hoffentlich werden sie dabei vom Regierungsapparat nicht zu schnell abgeschliffen und erhalten sich einen Blick, der nicht von Routinen und eingeübten Standards, sondern von Lust auf das Gestalten der Zukunft geprägt ist.

Kurzfristig entlasten

Björn Hartmann über steigende Energiepreise



Seit Wochen steigen die Energiepreise in Deutschland, vor allem für Spirit und Gas. Unter dem Aspekt Klimaschutz ist das eine gute Nachricht: Verteuern sich fossile Brennstoffe, wird es auch teurer, CO<sub>2</sub> in die Luft zu blasen und damit den Klimawandel anzuheizen. Anders gesagt: Der Verbraucher soll nach Alternativen suchen, die das Klima nicht so stark belasten. Oder zumindest weniger CO<sub>2</sub> erzeugen.

Dass es jetzt so viele Forderungen gibt, zum Beispiel die CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Spirit auszusetzen, zeigt eine gewisse Verlogenheit: Wir wollen das Klima schützen, es darf aber nicht weh tun. Die Frage ist, wie sehr es weh tun darf, ob und wie die Politik reagieren muss.

Zunächst einmal: Spirit zum Beispiel ist im Vergleich zum Einkommen früher deutlich teurer gewesen. Die Deutschen mussten anteilig mehr von ihrem Geld für Benzin oder Diesel ausgeben als heutzutage. Manche wollen damit zeigen, dass heute alles nicht so schlimm ist. Die Politik müsste nichts tun.

Aber diese Betrachtung greift zu kurz und ist auch nur theoretisch wichtig. Denn das Wis-

sen, dass in der Vergangenheit alles noch schlimmer war, hilft nicht, die Probleme heute zu lösen.

Niemand hat ein Anrecht auf dauerhaft niedrige Spritpreise. Sie schwanken seit Jahren. Wer jetzt an der Zapfsäule viel bezahlen muss, fährt oft auch ein besonders großes, teures Auto mit entsprechend hohem Verbrauch. Diese Autofahrer hätten es wissen können. Ihnen war anderes beim Fahrzeugkauf wichtig, als wenig CO<sub>2</sub> ausstoßen. Das ist völlig in Ordnung, nur müssen sie auch die Folgen tragen.

Wer die Folgen nicht tragen kann, sind diejenigen, die wenig verdienen, ältere Fahrzeuge fahren und auf das Auto angewiesen sind. Und hier sollte der Staat gegensteuern, um sie nicht über Gebühr zu belasten. Kurzfristig die beste und sozial gerechteste Lösung sind pauschale Zahlungen in einheitlicher Höhe an die Bürger und Bürgerinnen. Mittelfristig sollte der Staat das Geld besser einsetzen und zum Beispiel den Nahverkehr vor allem auf dem Land verbessern.

Denn nur, wer eine Alternative zum eigenen Auto hat, kann umsteigen. Und natürlich sollten alle angesichts der steigenden Preise über ihren Verbrauch nachdenken.

ihre Meinung zum Thema: [lesermeinung@main-echo.de](mailto:lesermeinung@main-echo.de)

IMPRESSUM

Verlag und Druckerei Main-Echo GmbH & Co. KG, Weichertstraße 20, 63741 Aschaffenburg, Telefon 06021 396-0, www.main-echo.de

Geschäftsführer: Ulrich Eymann, Marco Eisert; Chefredaktion: Martin Schwarzkopf, Torsten Maier (stv.); Stefan Reis (stv.); Chefredakteur: Claus Morhart, Georg Kümmler; Deskchefin Print: Andrea Jost; Deskchef Digital: Marcel Cichon; Redaktion Aschaffenburg/Alzenau/Dieburg: Jens Raab, Peter Freudenberger (Itd. Redakteur), Michael Müller (Erster Autor Alzenau & Kahlgrund); Redaktion Main-Spessart/Main-Tauber: Lena Schwaiger, Boris Dauber (Erster Autor Main-Spessart), Gunter Fritsch (Erster Autor Main-Tauber); Redaktion Kreis Miltenberg: Renate Ries; Mantelredaktion: Stefan Reis, Torsten Maier; Sportredaktion: Manfred Weiß; Technik und Organisation: Bernd Klebing; Verantwortlich für Anzeigen: Christoph Nitsche

Für den Verkauf von Anzeigen gilt zurzeit die Preisliste Nr. 67 vom 1. 1. 2021.

Bezugspreis bei Trägerzustellung 41,90 Euro, bei Postzustellung 45,30 Euro (jeweils einschl. Zustellgebühr und 7 % MwSt.). Bei Ausfall der Zeitung infolge höherer Gewalt (u. a. Streik, Unterbrechung des Arbeitsfriedens) besteht kein Ersatzanspruch. Abbestellungen nur schriftlich mit Unterschrift an den Verlag, spätestens 6 Wochen zum Quartalschluss.

Wir freuen uns über Leserbriefe. Je kürzer sie sind, desto wahrscheinlicher ist ihre Veröffentlichung. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Wir brauchen stets Ihre komplette Adresse und Telefonnummer, veröffentlichten aber nur Name und Wohnort.

Unsere Adresse: [lesermeinung@main-echo.de](mailto:lesermeinung@main-echo.de)

Für die Übernahme von Artikeln in elektronische Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte über die Presse-Monitor Deutschland GmbH & Co. KG, www.presse-monitor.de oder Telefon 030 284930.

Wir sind für Sie jederzeit erreichbar: [www.main-echo.de/service](http://www.main-echo.de/service)  
Scannen Sie einfach den QR-Code und Sie erhalten weitere Informationen zu unseren Servicestellen und den Ansprechpartnern vor Ort.  
Abonnement-Service: Telefon 06021 396-316, [aboservice@main-echo.de](mailto:aboservice@main-echo.de)  
Anzeigen: Tel. 06021 396-355, [anzeigen@main-echo.de](mailto:anzeigen@main-echo.de)  
Redaktion: Tel. 06021 396-229, [redaktion@main-echo.de](mailto:redaktion@main-echo.de)

